

DARMSTÄDTER ECHO

DIE UNABHÄNGIGE POLITISCHE TAGESZEITUNG SÜDHESSENS



Neue Identität für Darmstadt

Der Historiker Peter Engels zum Wiederaufbau nach 1945. **▶ SEITE 10**

„Aufbruch in eine ferne Zeit“

Darmstädter Künstler Cornelius Staudt stellt in der Fenstergalerie Will aus. **▶ SEITE 25**

Schuster kein Thema

Lilien-Präsident Fritsch zur Trainerfrage. **▶ SPORT**

D2107 | Nr. 294 | 72. Jahrgang

www.echo-online.de

Freitag, 16. Dezember 2016 Preis: 1,70 Euro

WETTER

Trüb mit Lichtblicken

5°

-1°



Ostwind

▶ FERNSEHEN/WETTER

HEUTE



Das darf nicht das Ergebnis sein.

Wirtschaftsminister Sigmar Gabriel (SPD) hofft, dass der Atommüll aus Deutschland künftig nicht in andere Teile der Welt exportiert wird.

▶ POLITIK

Metro und Media-Saturn gehen eigene Wege

Metro spaltet sich auf. Die Lebensmittelsparte behält den Namen Metro, der Elektronikbereich heißt künftig Ceconomy.

▶ WIRTSCHAFT

Zwei Tote nach Schüssen in Marburg

In einer Marburger Arztpraxis hat ein Mediziner Ermittlungen zufolge seinen Kollegen und dann sich selbst erschossen.

▶ PANORAMA

Yahoo räumt

Datendiebstahl ein

Beim Internet-Konzern Yahoo ist ein weiterer gigantischer Datendiebstahl bekanntgeworden.

▶ PANORAMA

BÖRSE

Dow nähert sich 20000

Dax	11 366,40 (+121,56)
Euro Stoxx 50	3249,74 (+38,03)
Dow Jones	19 852,24 (+59,71)
Euro	1,0419 \$ (1,0644)
Gold je Unze	1126,95 \$ (1162,25)

▶ WIRTSCHAFT

INHALT

RHEIN-MAIN	6
FERNSEHEN	8
ROMAN	15
WIRTSCHAFT	16
KULTUR	25
SPORT	27
GOTTESDIENSTE	32
FAMILIENANZEIGEN	33

KONTAKT

Zustellung/
Abo-Service: 061 51/387 2950
Fax: 061 51/387 2979
Privatanzeigen: 061 51/387 2929
Fax: 061 51/387 2611
Redaktion: 061 51/387 2727
Fax: 061 51/387 2730
E-Mail: lokalredaktion@darmstaedter-echo.de

Zeitung online:
www.echo-online.de

www.facebook.com/
echoonline

www.twitter.com/
echoonline

Probeabo: 061 51/387 2950

Berliner Allee 65
64295 Darmstadt
Kundenservice
Montag bis Donnerstag: 9-17 Uhr
Freitag: 9-16 Uhr



Trams für Stunden gestoppt

Kein Durchkommen war am Donnerstagmorgen auf der und rund um die Frankfurter Straße. Ein Lastwagen hatte mit seinem Ladekran die Oberleitung einer Tram abgerissen, sodass die Strecke zeitweise komplett gesperrt war. Lange Staus bis nach Arheilgen waren die Folge. **▶ SEITE 9**

Foto: André Hirtz



Ost-Aleppo wird evakuiert

SYRIEN Seit Tagen ringen Regime und Opposition um den Abzug / Abkommen schien geplatzt, jetzt wird es doch umgesetzt

DAMASKUS (dpa). Die ersten Zivilisten und Verwundeten haben die Rebellengebiete in Ost-Aleppo verlassen und sind mit Bussen ins Umland der umkämpften Metropole transportiert worden. Beobachter und syrische Militärkreise berichteten, dass ein erster Konvoi mit mehreren Hundert Menschen Ost-Aleppo verlassen habe. Angesichts der Lage in der Stadt könnte sich die Evakuierungsmission aber noch länger hinziehen. Syriens Präsident Baschar al-Assad erklärte die Stadt für befreit. Er gratulierte dem syrischen Volk: „Was heute in Aleppo passiert, wird Geschichte schreiben.“ Der pro-syrische TV-Sender Al-Mayadeen zeigte ab dem Mittag Bilder einer Kolonne mit grünen Bussen und

Krankswagen des Internationalen Komitees vom Roten Kreuz (IKRK) und des Syrischen Arabischen Roten Halbmondes, die die Rebellengebiete verließen.

15000 Menschen werden aus Rebellengebieten gebracht

Bei einer ersten Fahrt seien 951 Menschen aus der Stadt gebracht worden, hieß es aus syrischen Militärkreisen. Bei einem Drittel davon habe es sich um Kämpfer gehandelt. Insgesamt sollen den Angaben zufolge etwa 15000 Menschen aus den Rebellengebieten abtransportiert werden. Neben 5000 Kämpfern soll es sich demnach um deren Angehörige und um Zivilisten handeln, die sich noch in den einge-

schlossenen Gebieten aufhalten. Sie sollen in die Provinz Idlib südwestlich von Aleppo gebracht werden. Die Provinz wird größtenteils von der Opposition kontrolliert.

Am Abend meldete die türkische Regierung, ein zweiter Konvoi mit 1198 Zivilisten habe Aleppo verlassen.

Die Konfliktparteien hatten sich am Mittwochabend auf den Abzug von Kämpfern und Zivilisten aus Aleppos Rebellengebieten geeinigt, nachdem zuvor eine bereits getroffene Einigung geplatzt war. Die Evakuierung hatte sich auch am Donnerstag zunächst verzögert. Aktivisten und Hilfskräfte berichteten, dass sie bei einem ersten Versuch beschossen worden seien. Fünf

NOTHILFE

▶ Mehrere medizinische Hilfsorganisationen haben zu dringender Nothilfe für die Zivilisten aus Aleppo aufgerufen. „Die Menschen verlassen Aleppo mit nichts“, warnte Mohammed Katub von Syrian American Medical Society (SAMS).

Menschen seien dabei verletzt worden. Die Vereinten Nationen bereiten sich nach eigenen Aussagen darauf vor, dass bis zu 100000 Menschen in die Provinz Idlib fliehen könnten. Die UN seien in Kontakt mit der Türkei, um weitere Flüchtlingslager zu errichten, weil die Menschen möglicherweise auch in der

nordwestlichen Provinz Idlib nicht in Sicherheit seien, sagte UN-Nothilfekoordinator Jan Ege-land. In Ost-Aleppo halten sich noch Zehntausende Menschen auf, von denen viele in zerbombten Häusern untergekommen sind. Wegen einer monatelangen Blockade wird die humanitäre Lage dort immer katastrophaler. Es fehlt akut an Trinkwasser, Nahrung und medizinischer Versorgung. Weil es kaum Strom und Treibstoff gibt, können die Menschen trotz der Wintertemperaturen nicht heizen. „Ich habe noch nie zuvor dieses Ausmaß menschlichen Leids gesehen“, wird die Leiterin der IKRK-Mission, Marianne Gasser, in einer Nachricht der Organisation zitiert. **▶ POLITIK**

Zurück in Afghanistan

MIGRATION Abgelehnte Asylbewerber landen in Kabul / De Maizière: Viele Straftäter

BERLIN/FRANKFURT (dpa). Unter den am Mittwochabend aus Frankfurt nach Afghanistan abgeschobenen 34 abgelehnten Asylbewerbern waren nach Angaben von Innenminister Thomas de Maizière (CDU) ein Drittel Straftäter. Sie seien wegen Vergehen wie Diebstahl, Raub, Drogendelikten, Vergewaltigung und Totschlag verurteilt worden, sagte de Maizière am Donnerstag in Berlin. Teilweise seien die Männer direkt aus der Haft heraus abgeschoben worden. Unter ihnen seien keine freiwillig Ausgereisten gewesen. Die Lage für sie sei in Afghanistan „hinreichend sicher“. Dies gelte in jenen afghanischen Gebieten, in denen es wenige Sicherheitsvorfälle gebe. Vier der afghanischen Staatsbürger lebten zuvor in Hessen, wie das Innenministerium in Wiesbaden auf Anfrage mitteilte. Nach Angaben von de Maizière war ursprünglich die Abschiebung von 50 Personen geplant – 16 abgelehnte



Eine Gruppe aus Deutschland abgeschobener Asylbewerber steht im Ankunftsbereich des Kabuler Flughafens. Foto: dpa

Asylbewerber waren vor dem Charterflug abgetaucht. Von der Sammelabschiebung seien ausschließlich Männer betroffen gewesen, sagte der Minister weiter. Dies schließt aber nicht aus, dass bei weiteren ähnlichen Flügen auch Frauen oder Familien betroffen sein könnten. Freiwillige Rückreisen würden wö- chentlich organisiert, sagte de Maizière. Das Flugzeug mit den

abgelehnten Asylbewerbern war am kurz nach 5 Uhr (Ortszeit) von Frankfurt kommend in der afghanischen Hauptstadt Kabul gelandet. Dort wurden sie laut de Maizière von der Polizei, Vertretern der Internationalen Organisation für Migration (IOM), des afghanischen Flüchtlingsministeriums und Mitarbeitern der deutschen Botschaft empfangen. **▶ POLITIK**

Regionalzeitung am glaubwürdigsten

STUDIE „Lügenpresse“-Hetze verfährt nicht

Von Reinhard Breidenbach

MAINZ/MANNHEIM. Regionale Tageszeitungen sind laut einer Studie für die Deutschen das glaubwürdigste Medium – über alle Altersgruppen, Bildungsschichten, Parteipräferenzen und Wohnorte hinweg. Und: Diese Glaubwürdigkeit ist weder durch „Lügenpresse“-Kampagnen, andere Einschüchterungs- und Manipulationsversuche, noch durch Skandale im US-Präsidentenwahlkampf beschädigt worden. Dies ist das Resultat einer repräsentativen Umfrage der Mannheimer Forschungsgruppe Wahlen im Auftrag des ZDF. Die Ergebnisse liegen unserer Redaktion vor. Demnach erzielten auf einer Skala zwischen plus 5 und minus 5 die regionalen Tageszeitungen den höchsten Glaubwürdigkeitswert mit +2,5, ge-

folgt von den überregionalen Blättern wie FAZ und Süddeutsche mit +2,2, Magazinen wie Spiegel und Focus (+2,1) und den öffentlich-rechtlichen Sendern einschließlich der Dritten Programme (+1,9). Mit deutlichem Abstand folgen private Sender wie RTL, Sat.1 und PRO7 (0,0), soziale Medien wie Twitter und Facebook (-1,5) und, bewertet in einer eigenständigen Kategorie, die „Bild“-Zeitung mit -1,9.

Die Daten wurden im November erhoben und sind nahezu deckungsgleich mit Resultaten gleich gelagerter Umfragen von Juni 2015 und Mai 2016. Das bedeutet, dass ein vor dem Hintergrund des Flüchtlingsthemas und rechtspopulistischer Anfeindungen befürchteter Glaubwürdigkeitsverlust deutscher Qualitätsmedien nicht eingetreten ist. **▶ POLITIK**

Niederlage für Grün-Schwarz

DARMSTADT (db). Für den Nachtragsetat 2016 und den Haushalt 2017 stand die Mehrheit im Darmstädter Stadtparlament. Dennoch erlitt das grün-schwarze Rathausbündnis am Donnerstag seine erste Niederlage: Gemeinsam mit der Opposition stimmte die Wählervereinigung Uffbase einem Antrag zu, sämtliche Mittel für die Offenlegung des Darmbachs aus dem Haushalt und der weiteren Finanzplanung zu streichen. Uffbase hat sich als Kooperationspartner von Grünen und CDU bereit erklärt, deren Haushaltspläne zu unterstützen. Die Koalition hat seit März keine eigene Mehrheit mehr. **▶ SEITE 9**

Qualität der Gersprenz ist gut

MÜNSTER (rj/wog). Wegen des niedrigen Wasserstands sorgt sich der Anglerverein um die Gersprenz bei Münster. Er sieht den Fischbestand in dem Bach gefährdet. Nach einer Untersuchung gibt der Wasserverband Gersprenzgebiet nun Entwarnung. Die Wasserqualität liege zwischen 1 und 2, wobei 1 die beste Note ist. Seit den Achtzigerjahren habe sich die Qualität stets verbessert. Grund ist die Nachrüstung von Kläranlagen. Münsters Bürgermeister Gerald Frank fordert zudem, die Renaturierung des Baches voranzutreiben. Darin sieht der Wasserverband auch eine Möglichkeit, dem niedrigen Wasserstand zu begegnen. **▶ SEITE 19**

Gericht: Gurlitts Testament gültig

MÜNCHEN (dpa). Das Testament des umstrittenen Kunstsammlers Cornelius Gurlitt ist nach einer Entscheidung des Oberlandesgerichts München gültig. Damit kann die millionenschwere Kunstsammlung nun an das Kunstmuseum Bern gehen. Das Gericht ließ die Revision nicht zu. Das Erbscheinverfahren ist damit abgeschlossen. „Weg frei für das Kunstmuseum Bern“, hieß es in der Gerichtsmittteilung. Der 2014 im Alter von 81 Jahren verstorbene Gurlitt, in dessen Schwabinger Wohnung und Salzburger Haus mehr als 1500 Kunstwerke gefunden wurden, hatte seine Sammlung dem Kunstmuseum Bern vermacht. **▶ KOMMENTAR/KULTUR**

„Postfaktisch? Es geht um Lügen“

BERLIN/DARMSTADT (fsw). Der Soziologe und Autor Harald Welzer hält nichts vom „Wort des Jahres“, dem Begriff „postfaktisch“. Im Interview mit dieser Zeitung warnt er davor, „sich auf die Logik einzulassen, dass Fakten angeblich keine Rolle mehr spielen“ – auch wenn sich Lügen heutzutage rasend schnell im Internet verbreiteten. Laut dem Darmstädter Informatiker Stefan Katzenbeisser steht die IT-Sicherheitsforschung in Bezug auf die Bekämpfung von gezielter Meinungsmache im Netz, die sich auch dreister Falschmeldungen bedient, erst am Anfang. **▶ KOMMENTAR/HINTERGRUND**



Montage: VRM/mz; Fotos: fotolia – gutesk7, dpa

„Wahrheit ist keine beliebige Sache geworden“

SOZIALE MEDIEN Auf die schiefe Logik eines angeblich „postfaktischen Zeitalters“ dürfen wir uns nicht einlassen, warnt Soziologe Harald Welzer

BERLIN. Mit seinen Sachbüchern „Die smarte Diktatur“ und „Selbst denken“ traf der Berliner Soziologe und Digitalisierungskritiker Harald Welzer einen Nerv, beide standen lange oben in den Bestsellerlisten. Viel zu leicht ließen wir uns von der Hysterie im Netz anstecken, sagt er und rät zu nüchterner Betrachtung auch solcher Phänomene wie des Wahlsiegs Donald Trumps in den USA.

INTERVIEW

Herr Welzer, seit Wochen hören wir: Donald Trump hat seinen Erfolg dem Internet, speziell den sozialen Medien, zu verdanken. Was glauben Sie: Wie groß ist der Anteil von Facebook, Twitter & Co. wirklich am Wahlsieg Trumps, überhaupt am Aufstieg des Rechtspopulismus?

Das lässt sich wohl kaum quantifizieren. Allerdings ist eine deutliche Aufheizung des politischen und gesellschaftlichen Klimas spürbar, auch durch Verbreitung von Hass-Propaganda über soziale Medien. Zum Teil geschieht das flächendeckend, algorithmusgesteuert, zum Teil sehr direkt, punktgenau adressiert. Offensichtlich wurden in den USA tatsächlich Leute auf diese Weise motiviert, zur Wahl zu gehen und ihr Kreuzchen bei Trump zu machen. Allerdings sind Berichte über solch gezielte Beeinflus-

sungen von Wählern auch mit Vorsicht zu genießen: Auf diesem Gebiet wird viel Promotion gemacht – von Unternehmen die damit Geld verdienen wollen.

Steht zu befürchten, dass gezielte Manipulationen von Wählern mithilfe von Big Data auch bei uns in Deutschland Wahlen entscheiden, zumindest mitentscheiden?

Ich votiere dafür, solche Phänomene nüchtern zu betrachten und nicht wie das Kaninchen die Schlange. Politiker und politisch engagierte Menschen sollten Begriffe wie „postfaktisch“ oder „Zeitalter der Manipulation“ besser vermeiden. Es geht schlicht und einfach darum, dass Menschen lügen. Nur gibt es heutzutage die technischen Mittel, diese Lügen rasend schnell über die ganze Welt zu verbreiten. Das bedeutet aber nicht, dass Wahrheit eine beliebige Sache geworden ist.

Gezielte Manipulationen hat es schon immer gegeben, etwa in der Werbung. Haben wir es nicht mit einem neuen Phänomen, sondern nur mit einer neuen Qualität zu tun?

Die technische Entwicklung hat dafür gesorgt, dass Werbeschaften den Adressaten auf viel direkterem Wege erreichen als früher, gleichzeitig unterschiedlicher vermittelt werden. Gerade dieses subkutane Ansprechen, das Erzeugen von zu-

ZUR PERSON: HARALD WELZER

► Harald Welzer (Foto: dpa), geboren 1958 in Bissendorf bei Hannover, Soziologe und Sozialpsychologe, Professor für Transformationsdesign an der Uni Flensburg, Mitbegründer und Direktor der gemeinnützigen Stiftung **Futurzwei** (www.futurzwei.org) mit Sitz in Berlin, Mitbegründer der **Initiative Offene Gesellschaft** (www.die-offene-gesellschaft.de).



Autor erfolgreicher Sachbücher, darunter: „Die smarte Diktatur – Der Angriff auf unsere Freiheit“ (2016), „Selbst denken – Eine Anleitung zum Widerstand“ (2014), „Soldaten – Protokolle vom Kämpfen, Töten und Sterben“ (2012, mit dem Historiker Sönke Neitzel), „Täter – wie aus ganz normalen Menschen Massenmörder werden“ (2007).

vor nicht existenten Konsumbedürfnissen, stellt traditionelle Geschäftsmodelle in Frage. Das ist ein weites Feld. Die neue Qualität besteht darin, dass Werbung früher eindeutig identifizierbar war und den Menschen Raum ließ für eine selbstbestimmte Entscheidung, wie sie sich dazu verhalten wollten. Doch längst unterwandern die Botschaften die bewusste Wahrnehmung.

Können schärfere Gesetze die Hirnwäsche unterbinden oder wenigstens eindämmen?

Hier sehe ich weniger den Gesetzgeber als die Opfer manipulativer Strategien gefordert. Sprich: Muss wirklich jedes Angebot der digitalen Wirtschaft

angenommen werden, das mehr Bequemlichkeit, mehr Konsum verspricht? Das sollten wir uns alle fragen.

„Postfaktisch“ wurde gerade zum Wort des Jahres gewählt. Für Sie kein treffender Begriff für das Phänomen, dass sich offenbar immer mehr Menschen der Ratio verweigern und sich ein eigenes Weltbild zimmern?

Ich bin strikt gegen diesen Begriff. Seitdem das Kind einen Namen hat, wird er verwendet, ohne über die Konsequenzen nachzudenken. Die Welt besteht aus Sachverhalten. Menschen interpretieren, deuten diese Sachverhalte. Vielfach werden aber wissentlich Lügen verbreitet. Wir verlieren jeden Refe-

renzpunkt, wenn wir uns auf die Logik einlassen, dass Fakten angeblich keine Rolle mehr spielen. Man stelle sich vor, ein Vater knüpft sich seinen Sohn vor, weil er geklaut hat, und der erwidert: „Papa, wir leben doch im postfaktischen Zeitalter. Das gehört mir!“ Leider ist es so, dass moderne Kommunikationsmedien besonders geeignet sind, unwahre Behauptungen in die Welt zu setzen und zu verbreiten. Die Möglichkeiten dazu waren früher begrenzt. Da musste man den Clubs erst beitreten, deren Mitglieder einmal von Außerirdischen entführt worden waren.

Wie groß sind die Gefahren für Politik und Gesellschaft, wenn eine zunehmende Zahl von Menschen die Realität ignoriert oder verdreht?

Statt über Gefahren möchte ich lieber über die Verantwortung von Politik und Medien sprechen, sich nicht über alle Maßen verwirren und nervös machen zu lassen. Das bedeutet auch, dass sich Journalisten die Frage mal wieder bewusst machen sollten, auf die sie die Antwort sein wollen, indem sie auf und erklären, Informationen liefern, Hintergründe aufhellen. In Bezug auf Trump beispielsweise sollte weniger von „postfaktisch“ die Rede sein als von dem faktischen Unheil, das er anrichten könnte. Außerdem: Mancher Hype, wie jetzt der um

das „Postfaktische Zeitalter“, ist schnell vorbei. Oft zeigt sich: Altmodische Strategien setzen sich am Ende durch. Wer hätte beispielsweise gedacht, dass sich der klassische Buchhandel nach wie vor behauptet, zum Teil sogar richtig aufblüht?

Für die Medien ist es allerdings schwierig, mit ihren klassischen Strategien durchzudringen, wenn Teile des Zielpublikums sich einer sachlichen Argumentation verweigern.

Ach, wissen Sie: Dödel gab es schon immer. Und Dödel können nicht der Maßstab für die eigene Arbeit sein. Die, die im Netz am lautesten sind, sind nicht unbedingt repräsentativ für größere Bevölkerungsgruppen. Ein häufiger Irrtum, der immer wieder große Schiefen in der Kommunikationsgesellschaft verursacht. Gut zu beobachten beispielsweise in der Diskussion über die Flüchtlingsthematik: Die ganz große Mehrheit der Deutschen hat mit Flüchtlingen gar kein Problem. Den Ton geben aber die Anderen an, die deutlich in der Minderheit sind.

Sie meinen, wir lassen uns zu sehr von der Hysterie im Netz anstecken?

Total. Hier ist das Medium Internet ganz bei sich selbst: Es ist ein Hysteriemedium.

Das Interview führte Frank Schmidt-Wyk.

MANIPULATION MIT BIG DATA?

► Anfang Dezember erschien in der Schweizer Zeitschrift „Das Magazin“ der Artikel „Ich habe nur gezeigt, dass es die Bombe gibt“. Thematisiert wird die angebliche **Manipulation der US-Wahl** in großem Stil zugunsten Donald Trumps durch die von ihm engagierte britische Firma **Cambridge Analytica**. Mithilfe von **Big-Data-Methoden**, vor allem der massenhaften Auswertung von Facebook-Likes, sei es gelungen, amerikanischen Wähler durch gezielte, individuelle Ansprache, so genanntes **Microtargeting**, massiv zu beeinflussen. Cambridge Analytica habe dabei ein auf Psychometrie basierendes wissenschaftliches Verfahren kopiert, das der amerikanische Psychologe **Michal Kosinski** entwickelt hatte.

► Der Beitrag im „Magazin“ sorgte für großes Aufsehen und lebhaft Debatten, weil er den Eindruck erweckte, Cambridge Analytica habe die amerikanische Wahl im Grunde ganz alleine entschieden. **Kritiker** bemängelten allerdings, der Bericht habe die Rolle der Analysten überzeichnet und die Bedeutung einer Reihe weiterer Faktoren für Trumps Sieg missachtet.

► Die Hamburger Wochenzeitung „Die Zeit“ zitierte Kosinski mit den Worten: „Der Hauptgrund für Trumps Wahlsieg war die Unfähigkeit der Demokraten, einem großen Teil der Wählerschaft zuzuhören. Targeting könnte der sprichwörtliche Tropfen gewesen sein, der das Fass zum Überlaufen brachte. Aber es gewinnt alleine keine Wahl.“

Wer stoppt Roboter, die Meinung machen?

WISSENSCHAFT Für IT-Sicherheitsforscher ist die Debatte um elektronische Wahlmanipulation bislang eher ein Randthema

Von Daniel Baczyk

DARMSTADT. Das Thema ist dem Ministerpräsidenten wichtig. „Wir reden hier nicht von Fantastereien“, betonte Volker Bouffier Anfang Dezember in Darmstadt. „Da gab es zum Beispiel im US-Wahlkampf die Nachricht, der Papst unterstütze Donald Trump.“

Es war bei Facebook eine der meistgelesenen Meldungen in der Endphase des Wahlkampfes. Ihr Schönheitsfehler: Sie war frei erfunden. „Und dann gibt es Roboter, die in sozialen

Netzwerken Meinung machen“, ergänzte Bouffier in seinem Grußwort zur Gründung eines Leistungszentrums für Cybersicherheit und Datenschutz am Fraunhofer-Institut für Sichere Informationstechnologie (SIT). „Forschung zur Datensicherheit und gegen Manipulation ist unverzichtbar, um Demokratie, Freiheit und Menschenwürde zusammenzuhalten.“ Der hessische Ministerpräsident ermahnte die Wissenschaftler: „Fachvorträge sind schön – aber sie müssen aus der Fachwelt heraus.“

Das Fraunhofer-Leistungszentrum ist ein weiterer Baustein, um Darmstadts Position als deutsches Zentrum der IT-Sicherheitsforschung zu festigen. Das Dach für die Aktivitäten von mehr als 400 Wissenschaftlern bildet das 2015 gegründete „Center for Research in Security and Privacy“ (Crisp), in dem die TU Darmstadt eine zentrale Rolle spielt. „Erst die Vorwürfe im Umfeld der US-Wahl haben das Problem der Social Bots in den Fokus gerückt“, sagt TU-Professor Stefan Katzenbeisser, Leiter des

Fachgebiets Security Engineering am Fachbereich Informatik. „Tatsächlich nimmt das Phänomen immer mehr zu. Rechner spammen Internet-Foren mit Botschaften zu.“

Wollen wir die Herkunft der Social Bots klären?

Gibt es technische Gegenmaßnahmen? Katzenbeisser antwortet nicht sofort. „Man könnte versuchen, die Herkunft solcher Botschaften zu klären“, erklärt der Informatiker. „Die Frage ist, ob wir das wollen. Wäre



Social Bots sind bisher ein Randthema in der IT-Sicherheitsforschung, sagt Stefan Katzenbeisser. Archivfoto: Claus Völker

das nicht auch eine Form von Zensur?“

Nun ja, Betreiber von politischen Foren könnten schon erklären, dass im Sinne der demokratischen Meinungsbildung nur menschliche Diskussions Teilnehmer erwünscht sind. „Social Bots sind im Prinzip Programme, die Textelemente kombinieren und so entsprechende Texte generieren“, sagt Katzenbeisser. „Automatisierte Programme können sie bislang nicht eindeutig erkennen. Dies könnte eine Aufgabe für das Fachgebiet der Computerlingu-

istik sein.“ Wissenschaftliche Studien über das Phänomen lägen noch nicht vor. „Das ist bislang ein Randthema in der IT-Sicherheitsforschung.“

So scheint das Thema auch im Fraunhofer SIT gesehen zu werden. Dort heißt es auf Anfrage, man wolle sich zu möglichen digitalen Manipulationen demokratischer Prozesse gegenwärtig nicht äußern, da dies nicht Gegenstand der Forschung sei. Die Mahnung des Ministerpräsidenten scheint noch nicht überall angekommen zu sein.